

ARBEITNEHMERENTSENDUNG AUS DRITTSTAATEN IN DIE EU

Vorschlag der Europäischen Kommission

Vorschlag KOM(2010) 378 vom 13. Juli 2010 für eine **Richtlinie** des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den **Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung** (s. [CEP-Analyse](#))

Position des Rates – Erörterung vom 6. Dezember 2010 (Dokument erschienen am 07.12.2010)

Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“

Hinweis: Zum Zeitpunkt der Anfertigung dieser CEP-Zusammenfassung konnten die Stellungnahmen nicht verlässlich den einzelnen Mitgliedstaaten zugeordnet werden.

► Allgemeines

- Der Rat erörtert, mit welchen Bestimmungen des Vorschlags er sich eingehend befassen wird und welche der vorbereitenden Arbeitsgruppen – „Sozialfragen“ oder „Migration“ – damit beauftragt werden soll.
- Die ungarische Ratspräsidentschaft, die ab Januar 2011 die belgische Ratspräsidentschaft ablösen wird, nimmt die Meinungen der Mitgliedstaaten zur Kenntnis.

► Stellungnahmen zu einzelnen Regelungen des Vorschlags

- Eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten spricht sich dafür aus, dass sich die Arbeitsgruppen „Sozialfragen“ und „Migration und Asyl“ mit dem Richtlinienvorschlag befassen sollen.
- Die Arbeitsgruppe „Sozialfragen“ soll erörtern
 - ob die Gleichbehandlung ausreichend berücksichtigt wurde,
 - die Frage der Freizügigkeit von Drittstaatsangehörigen innerhalb der EU und
 - die Frage der Sozialversicherungsabgaben im Heimatstaat und in der EU.
- Die Arbeit der Arbeitsgruppe „Migration und Asyl“ wird nicht weiter spezifiziert.

► Nächste Schritte im EU-Gesetzgebungsverfahren

Da das Politikvorhaben dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegt, müssen sich Rat und EP auf eine gemeinsame Position verständigen. Der Rat hat das Vorhaben erstmals am 7. Oktober 2010 erörtert. Bisher steht noch nicht fest, wann sich das EP mit dem Richtlinienvorschlag befasst. Der Rat entscheidet, voraussichtlich nach der Stellungnahme des EP, mit qualifizierter Mehrheit über das Vorhaben.